

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Der Oldenburgische Volksfreund

Oldenburg

No. 8, 26. Januar 1850

urn:nbn:de:gbv:45:1-4866

Der Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zweiter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

Die Führer des Volkes.

Hört Ihr Herren und laßt Euch sagen!

Seitdem die Bewegung unserer Tage alle Herzen und Sinne gefangen hält, und der Parteigeist bei uns umgeht, mußten die Bestrebungen der Freunde des Volkes, durch Erziehung, Bildung, Mäßigkeit und Sparsamkeit eine bessere Zeit herauf zu führen, fast ganz in den Hintergrund treten. Dieser Weg ist zu mühsam und dornenvoll, die Menge wandelt ihn nicht, und ihr Beifall begleitet nicht den einsamen Wanderer. Mit einem einzigen Worte kurirt man jetzt alle Schäden, Freiheit und immer nur Freiheit heißt das Mittel. Es ist billig, bequem und lohnend für den Volksmann von Gestern, und das Volk, das zahlt die Zeche. Und wo sind sie, seine Liebdiener, wenn die Rechnung gemacht, wenn die Anleihe gezahlt wird? Gewiß nicht, wie jetzt, in den vordersten Reihen, darauf könnt Ihr Euch verlassen!

Wird denn der gesunde Sinn des Volkes nicht endlich erwachen? Habt ihr ihn kürzlich vernommen? Gewiß haben wir gehört — von ihm reden.

Hört nun einmal auch Ihr, die Ihr immer redet, Ihr Herren von der Freiheit. Redet Ihr jetzt wieder zum Volke, dann habt doch die Güte auch davon zu reden, wie ein Volk ohne Herrschaft über seine größten Tyrannen, als da sind, Dummheit, Dünkel, Eigensucht, Völlerei, Lüge u. s. w., gar nicht im Stande sei, äußere Freiheit zu tragen. Vergesst, ich bitte Euch, die sittliche Freiheit nicht. Rührt Euch, wo für Erziehung, Belebung menschlicher Tugenden, religiöser Erhebung nicht allein geschwaht, sondern gehandelt wird, und Ihr werdet Früchte erndten, unvergänglich, und den Himmel verdienen. Freilich, man

wird Euch nicht zujuchzen aus dem großen Haufen, man wird Euch verfeuern, verländen und die Meisten werden — davon laufen, Euch sogar reactionair schelten! Aber Ihr werdet Frieden finden in Euerm Gewissen, Erhebung in der Geschichte. Denn Ihr werdet wissen, daß auch die größten Wohltäter der Menschheit verkannt wurden und den Spott und das Hohngelächter der Menge erdulden mußten.

Ist es Euch denn nie bedenklich gewesen, das Gejubel der Menge, wenn Ihr vor ihr geredet habt? Seid Ihr nie stutzig geworden? Es muß ja wohl nicht sein, und darum erlaubt mir am Schlusse noch eine kleine Geschichte aus den Democratieen des Alterthums:

Ein berühmter Redner sprach zu dem Volke, und lauter wie je ertönte bei einer Wendung der Rede der Beifall der Menge. „Habe ich etwas Ungereimtes gesagt“, fragte er erschrocken den Freund, „daß die Menge so jubelt?“

Herr Wibel in Schwartau und das Berliner Bündniß.

In der kleinen Schrift, die Herr Wibel unter dem Titel „Das Zerwürfniß zwischen dem allgemeinen Landtage und der Staatsregierung des Großherzogthums Oldenburg“ herausgegeben hat, räth der Verf. dem Lande die Hand zur Versöhnung zu bieten, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Das Verfassungswerk ist gefährdet. Die Staatsregierungen und das Beamtenthum sind weit entfernt, sich der constitutionellen Form gänzlich hinzugeben und wahrhaft zu huldigen. Andererseits

ist den Volksvertretungen von 1848 ihre ungewohnte Existenz und Gewalt oft so blendend gewesen, daß sie das Weite für das Beste hielten und darüber das Gute verloren, indem sie auch das Unmögliche für möglich, Nachgeben aber für Schwäche und Schande hielten. Beide Gewalten, die nur in Uebereinstimmung regieren können, sind jetzt in Oldenburg in Streit gerathen, und es steht zu befürchten, daß der Landtag einerseits dadurch, daß er bald verlegt, bald aufgelöst wird, den festen Boden im Lande verliert und daß andererseits die Regierung immer weiter im Oetoyiren vorwärts schreitet. Denn in der Beibehaltung der Verfassung liegt noch keine Sicherheit. Schon jetzt sind Art. 27 und 160 nicht nach ihrem wirklichen Sinne, sondern so ausgelegt und benutzt, wie es den Zwecken der Regierung dient. Die endgültige Abschließung des Berliner Bündnisses und die Aenderung des Wahlverfahrens sind Schritte, die nicht constitutionell sind; und wer möchte nach solchen Vorgängen das Land noch in der Verblendung lassen: das Verfassungswerk sei nicht gefährdet? Das Wegläugnen der Gefährdung, bei anhaltendem, vielleicht noch gesteigertem Conflict kann nur schaden, indem es das Land über den wahren Stand der Dinge täuscht und zu Schritten leitet, die ihm zum Verderben reichen müssen. Die Versöhnung ist aber möglich, wenn das Land sie will, indem es zu der Ueberzeugung gelangt, daß Männer, welche jetzt zum Frieden rathen, seine besten Freunde sind und daß das Opfer nur ein scheinbares ist. Die Entschlüsse Oestreichs und Preussens werden durch ein „Nein“ in Oldenburg wahrlich nicht an ihrer Ausführung gehindert.

2. Das Berliner Bündniß ist unwiderruflich geschlossen. Alle Erwartungen, daß Preussen aus freien Stücken das Bündniß wieder aufgeben werde, sind verschwunden, Sachsen und Hannover haben ihren Abfall vom Bündniß durchaus nicht definitiv erklärt, das Interim entwickelt immer mehr seine Schreckensgestalt des früheren Zustandes, die Wahlen zum Volkshaufe des Reichstags sind auch in Oldenburg ausgeschrieben, und in kurzem werden sämtliche beigetretene Staaten ihre Abgeordneten nach Erfurt in das Volkshaus schicken, um die Verfassung des deutschen Bundesstaates zu beraten, der Landtag in Oldenburg mag ja oder nein gesagt haben.

Der Verwaltungsrath der 26 Bundesstaaten hat die entschiedene Erklärung abgegeben, daß er die Staaten, welche sich weigern, ihrer Bundespflicht nachzukommen, mit Gewalt dazu zwingen werde. Mit Oldenburg, als dem kleinsten widerstrebenden Staate würde

der Anfang gemacht und die bequem gelegenen Fürstenthümer Lübeck und Birkenfeld als Pfand eingegeben werden. Zudem haben die vorigen Stände einen politischen Fehler begangen. Sie sprachen das Ministerium, das, abgesehen von den Moskischen Berliner Ansichten, im ganzen Lande mit Recht die größte Achtung genoß, hinsichtlich seines bisherigen Verfahrens, von aller Verantwortung frei, und verweigerten doch die nachträgliche Zustimmung. Sollte nun der nächste Landtag nochmals „Nein“ sagen, nachdem die Sachen sich wie bis heute gestaltet haben, so verdoppelt und verdreifacht er seinen politischen Fehler, indem er das Oldenburgische Land und Volk nutzlos immer tiefer in Conflict und Unglück hineinreißt. Es ist unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit der größten Bestimmtheit voraus zu sehen, daß ein Landtag kommen wird, und wäre es auch von heute an der zehnte, der den Beitritt zum Berliner Bündniß, wenn es besteht, genehmigen wird, und dann werden wir mit tiefer Betrübniß auf die verlorenen Jahre, auf die zu pensionirenden Minister, auf die Trümmer unserer Verfassung und auf die Zerrüttung unserer Finanzen zurückblicken. Sollte das Bündniß aber überall nicht fortbestehen, so war es um so weniger der Mühe werth, daß wir der Frage, ob nachträglich genehmigen oder nicht genehmigen? das Glück unseres Landes zum Opfer brachten.

Das sind kurz die Ansichten des Verf., die hier mit dessen eignen Worten wiedergegeben sind.

Ueber die Theilnahme des Oldenburgischen Volks an den Wahlen zum Erfurter Volkshaufe.

An den Wahlen zum Erfurter Volkshaufe haben sich hier in Oldenburg und Osternburg im Ganzen nur Wenige theilgenommen und wahrscheinlich wird die Theilnahme auf dem Lande eitle verhältnismäßig noch geringere sein. Die Gründe, welche Leute von politischer Einsicht bewogen haben, nicht zu wählen, sind sehr verschiedener Art. Zuerst die kleine Zahl der Demokraten, d. h. derjenigen, die wirklich mit Bewußtsein ehrliche Demokraten sind, hat sich ausgeschlossen, weil sie noch immer an die Durchführung der Frankfurter Reichsverfassung glaubt und über ihre idealen Träume die nüchterne Wirklichkeit aus den Augen verloren hat. Von den Conservativen, die bisher mit der Regierung zu gehen pflegten, haben sich Einige zurückgezogen, weil sie das Verfahren unserer Regierung in der Deutschen Frage, so nothwendig und durch die Verhältnisse geboten es auch

nach ihrer Ansicht sei, doch, von juristischem Standpunkte aus, nicht mit dem Staatsgrundgesetze vereinbar finden könnten. Von anderer Seite wird bekanntlich dem Ministerium das formelle Recht auch nach dem Staatsgrundgesetze vindicirt. Wie dem auch sein mag; immerhin wirft es ein sehr zweideutiges Licht auf die Güte und Haltbarkeit unserer politischen Zustände, daß Fälle für möglich gehalten werden können, wo die Regierung gezwungen ist, das formelle Recht unsers Staatsgrundgesetzes zu übertreten.) Andere Conservative haben sich in augenblicklichem Unmuth über die neuesten Vorgänge in Berlin hinreissen lassen, an Preußen, d. h. an Deutschland, zu verzweifeln und darum nicht gewählt. Andere endlich haben gedacht, es würde auch ohne sie gehen; und da Oldenburg mit seinen 3 Deputirten doch nur ein unbedeutendes Gewicht in die politische Waagschale lege, sei es einleuchtend, was für Männer von hier nach Erfurt gingen. Ja Einige meinten sogar, man möchte nur unsere Hauptdemokraten hinschicken; damit wir sie hier los würden; dort in dem großen Reichstage würden sie, wenn auch nichts nützen, doch wenigstens unschädlich gemacht werden.

Die Partei der f. g. Demokraten wird nicht verfehlen, den Act der Wahl als einen glänzenden moralischen Sieg ihrer Partei auszuwaschen, sie wird die Wahl selbst als eine lediglich aus Minoritäten hervorgegangene schmähliche und in ihr keineswegs die Stimme des Volkes erkennen wollen. Wir geben letzteres gerne zu: die Wahlen sind nur Minoritätswahlen und die große Masse unsers Volkes hat kein Interesse für das Preussische Bündniß an dem Tag gelegt. Wir behaupten aber auch mit demselben Rechte: die Masse des Volkes hat im Grunde ihres Herzens eben so wenig einen Widerwillen gegen das Preussische Bündniß gehabt; sie hat überhaupt gar nicht gewußt, warum es sich eigentlich handelte. Die große Masse, welche, so lange die Welt besteht, bei politischen Fragen immer nur von dunklen Gefühlen geleitet worden ist, hat auch bei uns in Oldenburg keine Einsicht in die verwickelten Verhältnisse Deutschlands gehabt, keinen Begriff von der Bedeutung des Dreikönigsbündnisses und des Interims, von den Verhältnissen Oldenburgs zu Preußen und Hannover u. c. und keineswegs ist sie etwa nach reiflicher Ueberlegung und Prüfung endlich zu dem Entschlusse gekommen, aus Princip nicht zu wählen. Nein, das glauben wir dreist behaupten zu dürfen, die Mehrzahl hat nicht gewählt aus Gleichgültigkeit, aus Indolenz, weil die eigentliche Bedeutung der Wahl ihr zu ferne, über ihren Horizont hinaus lag. Sind doch die Wahlen zu unserm vorletzten Landtage, mit wenigen Ausnahmen, auch lauter Minoritätswahlen gewesen! Haben doch damals selbst in dem wegen seiner politischen Bildung so hoch gepriesenen Jeverlande nur $\frac{1}{6}$ der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht ausgeübt, und ähnlich an andern Orten! Wenn die Masse des Volkes sich schon so gleichgültig gegen unsere nächsten heimathlichen Angelegenheiten verhält; — wie sollte sie da an allgemein Deutschen Fragen ein Interesse gewinnen

können! Beweise dafür, wie wenig noch der größte Theil unsers Volkes gewohnt ist, sich um etwas zu bekümmern, was ihn nicht unmittelbar berührt, woraus ihm nicht augenblicklich Nutzen oder Schaden erwächst, ließen sich unzählige liefern. Wir führen unter andern nur an, wie vorigen Herbst in einer großen Landgemeinde nur 17 Urwähler erschienen, um 16 Wahlmänner für den bevorstehenden Landtag zu erwählen; während in derselben Gemeinde zu einer Kirchspielsversammlung, in welcher über die Abschaffung des Schulgeldes berathen werden sollte, sich Hunderte einfanden! Kommt nun noch dazu (wie es in dem vorliegenden Falle geschehen ist), daß das Nichtwählen, das zu Hause bleiben als politische Tugend anempfohlen wird, so kann man mit Sicherheit darauf rechnen, daß die große Masse sich keine Mühe und Sorge um das Wählen machen werde.

Befonnene Demokraten geben das Gesagte zum Theil zu, behaupten aber, daß das Volk, wenn auch nicht in klarer Einsicht, doch aus politischem Instincte gegen das Preussische Bündniß gestimmt oder vielmehr gar nicht gestimmt habe. Wir wollen diesen sogenannten politischen Instinct nicht ohne Weiteres als ein Phantasiebild verwerfen; es findet sich allerdings in großen, politisch durchgebildeten Staaten auch bei dem geringen Manne ein gewisses politisches Gefühl, ein gewisser politischer Tact, der unbewußt oft das Richtige trifft; wie z. B. in England, zum Theil selbst schon in Preußen, wo unter andern das Gefühl der vorzugsweise militärischen Bedeutung Preußens auch in der niedrigsten Hütte lebt. Aber wie kann man von politischem Instincte in unsern kleinen Oldenburger Lande reden, wo sich politische Treiben in so kleinen Kreisen, am Ende nur um einzelne Personen dreht, wo ferner das öffentliche Leben erst nur angefangen hat, zu erwachen, und der neue politische Sinn (wo überhaupt einer existirt) noch in seiner ersten fieberhaften Aufregung rathlos hin und herschwankt. Will man wirklich von einem naturwüchsigen politischen Instincte des Oldenburgischen Volkes reden, so kann darunter (als ein natürliches Erzeugniß unserer bisherigen patriarchalischen Zustände) nichts anders verstanden werden, als: die persönliche Anhänglichkeit des gemeinen Mannes an den Landesvater und ein gewisses Mißtrauen gegen die ihn bisher bevormundenden Beamten. Was die Demokraten sonst von dem eingestrichelten Preussenhase, von der demokratischen Gesinnung u. c. unsers Volkes uns vorreden, ist Alles den Leuten nur angedichtet oder künstlich eingeimpft, zum Theil dadurch, daß man ihre materielle und religiöse Interessen (nicht immer auf die ehrlichste Weise) mit ins Spiel zu ziehen wußte. Was die eigentliche Gesinnung unsers Volkes in Bezug auf die Deutsche Frage und Demokratie überhaupt sei, wird Andern und auch dem Volke selbst erst dann klar werden, wenn die neue Gestaltung der Dinge wirklich ins Leben getreten ist und ihre guten und schlimmen Früchte trägt. Wie aber auch unser Volk gestimmt sein möge; unser Wirken als Oldenburger, das müssen wir leider oder mit

Freuden bekennen, ist in Bezug auf die Deutsche Angelegenheit von weniger oder gar keiner Bedeutung; und es klingt nur lächerlich, wenn die demokratischen Blätter mit einem Ernste und einer Wichtigkeit erst von der Theilnahme an der Wahl abrathen und nun einen Jubel über den moralischen Sieg ihrer Partei anstimmen, als ob wir hier in Oldenburg die Entscheidung über die Deutsche Frage in der Hand hätten. Ob wir wählen oder nicht wählen, das hat auf das Zustandekommen oder Nichtzustandekommen des Erfurter Reichstages gar keinen Einfluß. Wir in unserm kleinen Staate sind kaum der kleine Finger von Deutschland, und müssen uns, wohl oder übel, gefallen lassen, was die großen Deutschen Mächte über uns verfügen. Kommt das Preussische Bündniß nicht zu Stande, so können wir auch nichts dagegen haben, wenn der Oesterreichische Plan mit den 6 verbündeten Deutschen Königreichen durchgeht und wir unter Hannover untergesteckt werden; denn das steht einmal unbestritten fest, daß die kleinen Deutschen Staaten fernerhin nicht mehr in ihrer bisherigen isolirten, selbstständigen Stellung verbleiben werden. Die conservative Partei hat in ihrem Wahlprogramme die Sachlage offen aufgedeckt, auch ihre Bedenken in Bezug auf die Wirksamkeit und Zukunft des Bündnisses nicht verhehlt; aber sie hat dazu doch mit vollem Rechte ihre Mitbürger aufgefordert, wenigstens Alles zu thun, was in unsern schwachen Kräften läge, um die Einheit und Freiheit Deutschlands, auf dem jetzt allein noch übrig gebliebenen Wege des Preussischen Bündnisses, zu fördern. Wenn die Demokraten dagegen bemerken, es sei ein ächt deutscher Fehler, jeden Brocken, der einem vorgeworfen würde, dankbar aufzunehmen; — so erwidern wir darauf: eine Faust in der Tasche zu machen ist auch keine Heldenthat, und sich gegen Preußen (das Oldenburg kaum dem Namen nach kennt) in Schmähungen zu ergießen, erinnert doch gar zu lebhaft an den Hund, der den Mond anbellt. Sollen übrigens einmal Deutsche Nationalfehler aufgedeckt werden, so machen wir die Demokraten auf einen Deutschen Fehler aufmerksam, der bereits im Jahr 1845 von Gerwinus gerügt wurde, aber leider noch immer nicht verschwunden ist. Es ist folgender:

Wir Deutschen haben noch wenig von der beharrlichen Energie des Engländers verrathen, der große staatliche, industrielle und stitliche Aufgaben in den entferntesten Stadien aufgreift, und im Nothfalle selbst mit dem Princip des gutta cavat lapidem (der Tropfen höhlt den Stein aus) zu einem glücklichen Ende bringt.

Ergebniß der Wahlen nach Erfurt.

In Oldenburg haben von der II. Abtheilung (Stimm-berechtigte 1000) 143 gestimmt und einstimmig gewählt: Kauf-

mann C. Kläbemann, Regierungs-Secretär, Stadterjan, Ministerialrath Jedelius, Tischlermeister Glauerdt, Rathsherr Propping, Sattlermeister Schubert, Intendant Meinardus, Obergerichtsrath v. Weddertop, Geh. Hofrath Startlof.

Von der I. Abtheilung (Stimmberechtigte 108) haben 63 gestimmt und einstimmig gewählt: Rector Breiter, Ministerialrath v. Büttel, Hauptmann v. Eichstorf, D. G. Advocat Großkopff, Rathsherr Doyer, Tischlermeister Inhälfen, D. G. Advocat Räder, D. G. Director Schlotter, Rathsherr Schröder.

In Osterburg haben in der 2. Klasse 28 gewählt; Wahlmänner sind: Bartelmann und Mohr; in der 1. Klasse (Stimmberechtigt 9) Wahlmänner: Auct. Will und Bäcker Kloppenburg.

In der Landgemeinde sind von jeder Abtheilung je 5 Urvähler erschienen und haben 10 Wahlmänner (jede Abtheilung 5) gewählt.

In Delle und Elsfleth hat die 2. Klasse nicht gewählt. In Ganderkesee haben am ersten Tage 6, am zweiten 3 gewählt.

In Cutin hat am 13. eine Versammlung Statt gefunden, um über die Betheiligung an den Wahlen nach Erfurt zu berathen. Redner beider Parteien (von conservativer Seite Prof. Meier und Dr. Pansch) entschieden sich fürs Nichtwählen, weil die Wahl ohne Zustimmung des Landtags eine Verletzung der Verfassung sei. — Die Wahlen zum allgemeinen Landtage sind entschieden demokratisch ausgefallen.

Die Waddewarder haben bei der Predigerwahl gleich bei der ersten Abstimmung ein festes Resultat erlangt. Von 105 Stimmen ist Groninger II., bisher zu Oldorf, mit 95 St. zum Prediger erwählt.

In Jeber ist am 20. Jan. eine Versammlung von Wahlmännern des ganzen Kreises gewesen. Es soll da verabredet sein, die 3 Herren, Bödel, Wöllking und Pücker zu Bhaude als Landtagsabgeordnete zu wählen. Und Herr von Thünen?

Kirchennachricht.

Vom 19. bis 25. Januar sind in der Oldemb. Gemeinde:

1. Copulirt. Keine.
2. Getauft. 19) Helene Helms, Radorf. 20) Johann Hinrich Roben, Jwwege. 21) Johanne Auguste Marie Catharine Suhr, Moorbansen.
3. Beerdigt. 18) Sophie Rebecka Runge, geb. Medick, Heil. Geistthor, 76 J. 19) Ein vor der Taufe verstorbenen Sohn des Hofschauenspielers Grabe, Oldenburg, 3 M. 20) Anna Margaretha Dorothea Grabmann, geb. Grabmann, Eversten, 72 J. 9 M. 21) Almut Arens, Donnerichwee, 61 J. 6 M. 22) Johanne Wilhelmine Friederike Schmidt, Oldenburg, 4 J. 5 M. 23) Hille Sawarung, geb. Mohrmann, Radorf, 60 J. 8 M. 24) Anna Elisabeth Meyer, Wechlon, 2 J. 9 M. 25) Soldat Johann Hinrich Störck aus Fenshamm, 23 J. 26) Schustermeister Johann Georg Behrmann, Oldenburg, 60 J. 10 M. 27) Christiane Hermine Elise Pöhl, Oldenburg, 19 J. 28) Aelheid Margarethe Vencke, geb. Behrmann, Gerberhof, 70 J. 29) Johann Carl Theodor Lieser, Heil. Geistthor, 2 M.

Gottesdienst in der Lambertikirche.

Sonntag, den 27. Januar:

- Vorm. (Anf. 8½ Ubr.) Herr Pastor Gröning.
Vorm. (Anf. 10 Ubr.) Herr Kirchenrath Clausen.
Nachm. (Anf. 2 Ubr.) Herr Pastor Greverus.

Der Erweiterung

an die

Termine zur Wahl der Wahlmänner für das Volkshaus

des

Deutschen Reichstags.

Die Stimmen müssen persönlich, und zwar entweder mündlich zu Protocoll, oder vermittelst eines mit der Unterschrift des Stimmenden versehenen Zettels abgegeben werden. — Nur 25jähriges oder höheres Alter giebt das Stimmrecht, wenn der Stimmende seit mindestens 3 Jahren im Großherzogthume oder einem der Bündnisstaaten (Preußen, Hannover u.) Heimathrechte hatte, weder im Concurs befangen ist, noch unter Curatel steht, noch im letzten Jahre Unterstützung aus öffentlichen Armen-Mitteln erhielt, noch endlich ohne eignen Heerd bei Anderen in Kost und Lohn steht, oder durch Richterspruch der vollen bürgerlichen Ehrenrechte beraubt ist. Zugleich ist das Stimmrecht dadurch bedingt, daß der Stimmende als zum Armengelde beiträgend in die Stimmlisten aufgenommen ist.

Zu Wahlmännern werden folgende Mitbürger empfohlen:

I. Für die Abtheilung der Niedriger-Besteuerten (Wahltag: Mittwoch den 23., Nachmittags 2—4 Uhr):

Glauerdt, A., Tischlermeister.
Klavemann, C., Kaufmann.
Meinardus, Intendant.
Dropping, C., Rathsherr.
Schubert, Sattlermeister.
Starklof, L.
Strackerjan, Regier.-Secretair.
v. Wedderkop, Oberger-Rath.
Zedelius, Ministerial-Rath.

II. Für die Abtheilung der Höher-Besteuerten (Wahltag: Donnerstag den 24., Nachm. 2—4 Uhr):

Breier, Rector.
v. Buttell, Ministerial-Rath.
v. Eichstorff, Hauptmann.
Groskopf, Oberger-Anwalt.
Hoyer, J. C., Rathsherr.
Inhülsen, Tischlermeister.
Müder, Oberger-Anwalt.
Schloifer, D.G.-Director.
Schröder, C. W.

Namens der, am 17. Januar auf gestern berufenen Versammlung im Hullmannschen Gasthause,

Oldenburg, 21. Januar 1850.

der Schriftführer

C. Strackerjan.